

Kampf um die Hochschulen: Studierende wehren sich gegen Reformpläne!

Studierende und Expert:innen kritisieren geplante Änderungen in der österreichischen Hochschulpolitik, die Finanzierung und Mitbestimmung betreffen.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die aktuellen Diskussionen um die Zukunft der österreichischen Hochschulen erreichen einen kritischen Punkt. Nach der Veröffentlichung von Protokollen der Koalitionsverhandlungen zwischen der FPÖ und der ÖVP kommen alarmierende Bedenken auf. Leonhard Hecht, 2. stellvertretender Vorsitzender der ÖH Uni Salzburg, äußert sich besorgt über die geplanten Änderungen in der Hochschulfinanzierung. „Die Probleme beginnen bei der Finanzierung der österreichischen Hochschulen. Hier soll künftig noch mehr Fokus auf Wettbewerb und kompetitive Finanzierungselemente gelegt werden. Universitäten sind aber keine Firmen, sondern Bildungseinrichtungen, deren finanzielle Existenz abgesichert werden muss“, so Hecht.

Ein zentrales Thema ist auch das drohende Gender-Verbot und die beabsichtigte Erschwerung des Zugangs für Drittstaatsstudierende. Stephanie Wolfgruber, 1. stellvertretende Vorsitzende der ÖH Uni Salzburg, merkt an: „Es ist bemerkenswert, dass die konservative und rechte Seite des politischen Diskurses oft betont, dass es dringendere Probleme als das Gendern gibt, im gleichen Atemzug aber keine Mühen scheut, sich für Genderverbote starkzumachen.“ Dies könnte die Diversität und Chancengleichheit an den Universitäten gefährden.

Verschlechterung der Mitbestimmung

Die Veränderungen betreffen auch die Mitbestimmungsrechte der Studierenden. Vorgesehen ist, dass Entscheidungsprozesse vorrangig den Professoren anvertraut werden, wodurch die Mitsprache der Studierenden stark eingeschränkt werden könnte. Cedric Keller, ÖH-Vorsitzender an der Uni Salzburg, erklärte: „Wenn diese künftige Regierung glaubt, die Studierenden aus dem Senat verbannen zu können und uns zu beratenden Stimmen zu degradieren, dann werden wir uns das nicht gefallen lassen. Die Studierenden lassen sich nicht mundtot machen.“ Diese Entwicklungen könnten weitreichende Folgen für die Interessenvertretung der Studierenden haben.

Eine weitere kritische Veränderung betrifft die Mitgliedschaft in der ÖH, die durch Opt-Out-Möglichkeiten gefährdet wird. Keller und Wolfgruber fordern: „Die Studierenden müssen auch künftig Mitglieder der ÖH bleiben. Nur so kann eine sinnvolle und gute Interessensvertretung sichergestellt werden.“ Ein solches Opt-Out würde die finanzielle Unabhängigkeit der ÖH in Gefahr bringen und könnte deren Handlungsfähigkeit stark beeinträchtigen.

Zusätzlich zeigt eine Studie, dass viele Studierende unter dem Gefühl leiden, ihr Studium nicht gewachsen zu sein, was als „Imposter-Syndrom“ oder Hochstapler-Syndrom bezeichnet wird. Das Problem besteht darin, dass Studierende oft nicht von ihren Leistungen überzeugt sind und sich als Betrüger fühlen. Die nicht-angepassten Unterstützungssysteme verstärken dies zusätzlich, wie aus den Berichten in *Der Spiegel* hervorgeht.

Um mehr über die Herausforderungen und die anstehenden Veränderungen in der Hochschulpolitik zu erfahren, können weitere Informationen bei [apa.at](https://www.apa.at) und [spiegel.de](https://www.spiegel.de) nachlesen.

Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.spiegel.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at